



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Mai 2016

Gemeinsam verhindern wir TTIP:



Wir waren 90.000 in Hannover, und die LINKE Hamburg hatte 10 Busse organisiert! Am 24. September machen wir hier weiter! (Foto: Harald Singler, mehr Fotos auf der Webseite des Landesverbands: <http://www.die-linke-hamburg.de/politik/aktuelles.html>)

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe:
Dienstag, 07.06.2016

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Aus dem Vorstand: Delegiertenwahl	S. 2
Leserinnenbrief/Umfrage	S. 3
Eckpunkte Mitte-Programm	S. 4
Leseempfehlung	S. 7
Änderungsanträge Parteitag	S. 8
Kein Geld für die Bundeswehr	S. 10
BO Wilhelmsburg	S. 10
Lesemarathon / Rote Radtour	S. 11
Termine / Kontakt	S. 12

Aus dem Vorstand: Bericht von der Wahl-BMV

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich darf Euch auch im Mai die herzlichsten Grüße des Bezirksvorstandes (BeVo) Mitte ausrichten!

Für alle, die aus den verschiedensten Gründen am 30.04.2016 nicht an unserer (Wahl) BMV teilnehmen konnten, möchte ich an dieser Stelle das Geschehen kurz skizzieren.

Ein Antrag der BO Wilhelmsburg/Veddel eröffnete die Veranstaltung.

Der Antrag enthielt einen Auftrag an den BeVo, am **05.06.2016 eine BMV** durchzuführen, die sich mit der **Neubesetzung des BeVo**, als auch mit unserem Vorschlag an den LPT befassen möge, der unsere(n) Kandidaten/Kandidatin für den Landesvorstand betrifft.

Dieser Antrag wurde mit einer knappen Mehrheit angenommen und somit habt Ihr auch den Termin für die nächste (Wahl) BMV.

Ort und Zeit folgen bald per schriftlicher Einladung und online.

Der Stil, in dem dieser Antrag diskutiert wurde, ist mit Sicherheit ausbaufähig...

Die politische Kultur kehrte dann in beeindruckender Weise wieder zurück, als lebhaft über das in Berlin verfasste Papier der Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger diskutiert wurde, welches nicht nur, aber auch, den Umgang mit der AfD thematisiert.

Schnell wurde in den zahlreichen Wortmeldungen klar, dass Einigkeit darüber besteht, diesen rechten, neoliberalen Scharfmachern entschlossen den Kampf anzusagen.

Allerdings wurden spätestens bei den Kandidaturen auch Unterschiede deutlich, wie ernst es einer/m mit der von Katja und Bernd geforderten "Revolution der Gerechtigkeit" ist und ob einer/m der Kampf gegen rechts eine rein praktische oder auch eine Sache des Geistes und Herzens ist.

Die **Wahlen der Delegierten** für den Landesparteitag bildeten nach der Mittagspause das Herzstück unserer BMV. Viele interessante Kandidaturen engagierter Mitglieder brachten folgende Wahlergebnisse für die 22 zu besetzenden Mandate, im Folgenden aufgeführt nach der Stimmenanzahl:

Weibliche Delegierte:

Christine Wolfram, Jennifer Wiesbeck, Eva Rozanski, Marion Fisch, Stephanie Rose, Anne Urschll,

Anna Rinne, Maureen Schwalke, Verena Brachvogel, Franziska Hildebrandt, Regina Jürgens.

Als Ersatzdelegierte freuen sich auf ihre Aufgabe: Gunhild Berdal, Christiane Schneider und Christine Detamble-Voss.

Die **Delegierten der gemischten Liste** setzen sich wie folgt zusammen:

Ronald Wilken, Martin Dolzer, Frank Rinnert, David Stoop, Stefan Dührkop, Harald Singler, Jürgen Olschok, Tim Eckbrett, Kristian Glaser, Alexander Benthin und Mehmet Yildiz.

Als Ersatzdelegierte sind unverzichtbar: Martin Wittmaack, Bernhard Stietz-Leipnitz, Timo Gorf, Aare Silver Bünger, Wolfgang Strauß, Jörg Günther, Ruben Hittmeyer, Sven Kluth, Thomas Stahlhut.

Der Bezirksvorstand Mitte bedankt sich noch einmal bei Anna Arthur, Nadine Berger und Till Petersen, die als Wahlkommission hervorragende Arbeit geleistet haben und wünscht allen Gewählten viel Geschick und Selbstvertrauen für die kommenden zwei Jahre, um adäquate Antworten auf die sich stellenden Zukunftsfragen zu erarbeiten.

Von der BMV am Vorabend des 1. Mai möchte ich noch kurz eine Brücke schlagen zu einer Äußerung aus dem Rathaus, am Tag nach den Maidemonstrationen. Unsere Bürgerschaftsabgeordnete Christiane Schneider äußerte gegenüber dem NDR-Fernsehen, sie wisse nicht, „was denn die jungen Leute jetzt konkret wollten“ und „Das war ja alles ganz unschön.“, bezogen auf die Demonstration der „Revolutionären Linken“. Bei dieser Demonstration marschierten auch viele Genoss(inn)en unserer Partei mit - die hätte sie nach der Motivation gern fragen dürfen!

...und wenn man DIE LINKE. denn als revolutionäre Kraft begreifen würde, hätte man wohl auch zumindest eine Ahnung...

So „unschön“ es auch sein mag: Ursache und Wirkung stehen in ständigem Zusammenhang.

Mit sozialistischen und lieben Grüßen,
Euer Freund und Genosse
Frank Rinnert, im Auftrag des BeVo Hamburg – Mitte

PS: „Bei der BMV blieb eine „derbe“ schöne **Jacke** liegen. Sie liegt bei mir warm und trocken zur Abholung bereit.

Leserinnenbrief

zum Mittenmang vom April 2016 zu den „Berichten aus dem Vorstand“

In der MitteN Mang waren unter „Berichte“ verschiedene Sichtweisen auf die Partei zu lesen. Hiermit folge ich meinem ersten Impuls und unterstütze die „etwas andere Sichtweise“ von Bernhard Stietz-Leipnitz:

Ich habe DIE LINKE immer als eine pluralistische Partei begriffen, in der es möglich ist, viele Menschen für das Ziel einer gerechteren Gesellschaft, einer Bewegung gegen die soziale Spaltung zu einen. Dass alle aus völlig verschiedenen Richtungen kommen ist bekannt und stellt letztendlich auch eine Stärke der damit innewohnenden, undogmatischen Vielfältigkeit dar.

Ein „Outing“ anderer Mitglieder und Angriff auf deren „politisches Vorleben“, ist nach meinem Empfinden ein Verhalten, welches in der Verfolgung unserer politischen Ziele persönlich und politisch völlig destruktiv und unterhalb der Gürtellinie ist.

Ich würde mir wünschen, dass die LINKE ihre Foren für die wirklich relevanten und dringend anstehenden gesellschaftlichen Probleme und zur Bündelung der leider bei uns Linken allzu dünnen Kräfte nutzt, anstatt über solche persönlichen Auslassungen Mitglieder und Interessierte zu vergraulen.

Antje Schellner
Mitglied in HH St. Georg

Und eine Antwort:

Liebe Antje!

Ich denke, wir sind beide intelligent genug, um zu wissen, was ich mit dem angesprochenen Beitrag aussagen wollte. Falls nicht, erkläre ich dir gern, dass ich keinesfalls etwas gegen Mitglieder aus anderen politischen Spektren habe. Außer, sie haben sich von ihrem politischen Vorleben nicht verabschiedet und versuchen, den Kampf der LINKEN zu verwässern.

Außerdem scheint mir der Landesverband Hamburg der einzige im Bund zu sein, in dem politischen „Quereinsteiger(innen)“ ein Spitzenamt garantiert ist. Dieses wirft wahrlich kein gutes Bild auf Hamburgs LINKE „Eigengewächse“.

Frage mich allerdings, warum mir kein Gesicht zu deinem Namen einfällt. Liegt wahrscheinlich daran, dass wir zu selten wählen...

Mit sozialistischen Grüßen,
Frank Rinnert

Das passt vielleicht dazu:

NDR-Umfrage: „Klare Positionen machen sich bezahlt“

Eine im Auftrag des NDR durchgeführte Umfrage von Infratest Dimap sieht DIE LINKE in Hamburg bei elf Prozent. Das ist der höchste Wert, den sie in Hamburg jemals bei einer Bürgerschaftswahl-Umfrage hatte.

„Schon unser Ergebnis bei der Bürgerschaftswahl war erfreulich. Nach einem Jahr mit der neuen Fraktion ist die Umfrage eine tolle Bestätigung unserer Arbeit“, erklärt dazu **Sabine Boeddinghaus**, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. „DIE LINKE hat bei den Themen Soziale Gerechtigkeit, Flüchtlinge, Stadtentwicklung und nicht zuletzt bei Olympia klare

Positionen, und die vertreten wir auch offensiv. Das macht sich bezahlt.“

Die Umfrage zeigt ferner, dass die Flüchtlingspolitik das mit Abstand wichtigste Thema in der Stadt ist. „Wir haben immer ganz klar gesagt, dass wir uns auf keinen Fall an einen vermeintlichen rechten Zeitgeist anbieten werden“, sagt **Rainer Benicke**, Sprecher des Hamburger Landesverbands der LINKEN. „Eher würden wir Einbußen bei Wahlen und Umfragen hinnehmen, als unsere Solidarität mit den Geflüchteten in Frage zu stellen. Umso erfreulicher ist es, dass DIE LINKE mit dieser Position offenbar sehr erfolgreich ist.“ (PM vom 7.4.)

Eckpunkte eines politischen Programms für Hamburg-Mitte

(Stand April 2016)

Für Verteilungsgerechtigkeit und gegen die soziale Spaltung in Hamburgs Mitte:

Sozialer Ausgleich, gut ausgestattete soziale Infrastruktur und bezahlbarer Wohnraum

Das politische Auftreten und Handeln der Partei DIE LINKE im Bezirk Hamburg-Mitte kann verbessert werden. Neben vielen grundlegenden Themen, die wir uns in der Gesamtpartei vorgenommen haben, streiten wir dafür, dass die Politik der LINKEN in Mitte auch auf die bezirklichen Probleme bezogen wird. Unsere Bezirksfraktion und die Bürgerschaftsabgeordneten sollten in ihrer Arbeit stärker unterstützt werden.

Wir haben daher unsere Anliegen aufgeschrieben und sehen dies als Plattform für eine Veränderung der linken Politik im Bezirk Mitte. Wir sind für Kritik und Ergänzungen offen. Unser Ziel: Die Sichtweise und Forderungen der LINKEN sollen im Bezirk gestärkt werden.

Gespaltene Stadt in Hamburgs Mitte

Hamburg ist eine sozial gespaltene Stadt, in der die Schere zwischen Arm und Reich stark aufgegangen ist. Besonders offensichtlich wird dies im Bezirk Mitte. Hier liegen die Stadtteile mit den größten Defiziten in der sozialen Infrastruktur und den höchsten Armutsquoten.

Der Bezirk mit massiver Kinderarmut

Rund die Hälfte aller von Armut betroffenen Kinder in Hamburg lebt im Bezirk Mitte.

Befinden sich in Hamburg durchschnittlich 21% aller Kinder unter 15 Jahren in der Mindestsicherung, so sind es in Mitte 37,6%. Das Arm-Reich-Gefälle zieht sich quer durch den Bezirk. So sind auf der Veddel sogar 48,1% der Kinder auf eine Mindestsicherung angewiesen, hingegen auf der anderen Elbseite, also in der HafenCity, kein einziges.

Große Einkommensgefälle quer durch den Bezirk

Die Spaltung des Bezirks wird auch am Einkommensgefälle deutlich.

Liegt das durchschnittliche jährliche Einkommen in Hamburg bei 35.567 Euro, so sind es im Bezirk Hamburg-Mitte nur 23.802. Auf der Veddel liegt das Einkommen mit nur 14.633 Euro jährlich bei nicht einmal der Hälfte des Hamburger Durchschnitts. In der HafenCity liegt es jedoch mit

81.470 Euro bei weit mehr als dem Doppelten des städtischen Schnitts. Noch weiter „entfernt“ sind die Elbvororte. So liegt in Nienstedten das durchschnittliche zu versteuernde Einkommen bei fast 140.000 Euro jährlich.¹

Soziale Schieflagen werden durch verfehlte Stadtentwicklungspolitik verfestigt

Die jahrelange Unterfinanzierung der sozialen Infrastruktur, völlig unzureichender Sozialwohnungsbau, explodierende Mieten insbesondere in den innerstädtischen Lagen, auslaufende Sozialbindungen, Armutskonzentration, Verödung der Infrastruktur und der kulturellen Angebote in den Großsiedlungen, Leerstände in den Einkaufszentren und fehlende ärztliche Versorgung vor Ort auf der einen Seite und die teuersten Leuchtturmprojekte der Stadt wie Hafen City und Elbphilharmonie, IBA und IGS auf der anderen Seite, bestimmen das Spannungsgefüge des Bezirks.

Während die SPD-GRÜNEN-CDU-Senate auf Großprojekte setzen, welche den ärmeren Bevölkerungsgruppen meist nur wenig nützen, werden sozial stärkende Programme wie das Rahmenprogramm für Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE), die Zuwendungen für soziale Träger und die Finanzierungen der städtischen Institutionen unter dem Regime der Schuldenbremse immer weiter gekürzt.

Geschröpfte Bezirke, kollabierender Öffentlicher Sektor

Die „Bezirksreform 2020“ schröpft zwecks Durchsetzung der Schuldenbremse die Bezirke durch den Personalabbau fast bis zur Handlungsunfähigkeit. Die Menschen vor Ort erleben, wie Öffnungszeiten beschränkt, Serviceleistungen beschnitten und soziale Einrichtungen gleich zur Gänze geschlossen werden. Schlichte notwendige Dienstleistungen wie die Ausstellung eines Ausweises erfordern mittlerweile bis zu vierteljährliche Wartezeiten. Gelder können nicht überwiesen werden, weil die Krankheitsrate hoch ist.

Trotz des massiven Wohnraummangels kann die auf zehntausende Wohnungen geschätzte Zweck-

¹ Hamburger Stadtteil-Profil 2015, Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

entfremdungsquote nicht bekämpft werden, weil es in den Bezirken kaum Personal dafür gibt.

Milliardeninvestitionen der letzten Jahre gehen an bedürftiger Bevölkerung vorbei

Die Milliardeninvestitionen in Großprojekte gehen offensichtlich an dem Bevölkerungsanteil mit den größten Sorgen und Nöten vorbei. Dass sich dies in den Stadtteilen in einem erschreckenden Rückgang der Wahlbeteiligung spiegelt, verwundert dabei nicht.

Armut teilt die Gesellschaft in „oben“ und „unten“, in „zu wenig“ und „zu viel“, in Teilhabe und Ausgrenzung. Das entmutigt viele Menschen. Ihr Gefühl, sozial und wirtschaftlich abgehängt zu sein, zeigt sich im Wahlverhalten. Bei der Bürgerschaftswahl 2015 lag die Beteiligung bei 56,9% – so niedrig wie nie zuvor. Dass prekäre Stadtteile zu Nichtwähler-Hochburgen geworden sind, belegen Untersuchungen. Während in Billstedt gerade mal 40,3% der Wahlberechtigten wählten, waren es in der Hafen City 68,4%. Der Bevölkerungsanteil, welcher am dringendsten der Veränderung bedarf, hat sich aus der politischen Willensbildung verabschiedet.²

Hamburgs größte Wohnungsbauprojekte werden in Hamburg-Mitte geplant

Hamburg braucht bezahlbaren Wohnraum und insbesondere Sozialwohnungen. Der Hamburger Senat verkündet unter dem Titel „Stromaufwärts an Elbe und Bille“ eines der größten Hamburger Stadtentwicklungsprojekte im Hamburger Osten, in den Stadtteilen Hammerbrook, Borgfelde, Hamm, Horn, Rothenburgsort, Billbrook und Billstedt. Hier, wo derzeit Industrie, Mehrfamilienhäuser der Nachkriegszeit, Brachflächen und Kleingärten das Bild prägen, soll zukünftig durch Verdichtung neuer Wohnraum entstehen. Doch die Beteiligung der Menschen, die Information vor Ort wird vernachlässigt. In seinem 25-Punkte-Plan für die Errichtung von Großsiedlungen sagt der Senat für ein gelingendes Zusammenleben in diesen Siedlungen gerade mal 1 Million Euro pro Bezirk zu. Diese Summe ist eine Farce vor dem Hintergrund der Unterfinanzierung der sozialen Infrastruktur, der Parkanlagen und des gesamten öffentlichen Sektors.

Ungleiche Verteilungen der Lasten städtischer Kultur

Der Bezirk Hamburg-Mitte übernimmt Funktionen für die gesamte Stadt.

In mehreren Stadtteilen ist hier die Armutsquote überdurchschnittlich. Die urbane, zentrale Lage lässt die Stadtteile der City zum Anlauf- und Treffpunkt verschiedener sozialer Gruppen werden. Hier sind die Bewohner_innen durch die verdichtete Eventisierung, Tourismus und Großveranstaltungen bei gleichzeitig massiv steigenden Mieten belastet. In anderen Stadtteilen, welche einkommensmäßig zu den schwächsten der Stadt gehören, sind einige der größeren Flüchtlingsunterkünfte geplant, ohne dass eine massive Unterstützung der Stadtteile in Sicht wäre.

Vielfalt versus Rechtspopulismus

Der Bezirk Mitte ist durch seine Vielfalt an Kulturen und die große Bereitschaft, hier in einem friedlichen und auch bereichernden Miteinander zu leben, geprägt. Das große Maß an Hilfsbereitschaft gegenüber ankommenden Flüchtlingen, die Vielzahl ehrenamtlich Engagierter gehört zu den starken Seiten in den innerstädtischen Stadtteilen. Dies gilt es zu unterstützen.

Gleichzeitig hat die regierende Politik tatenlos zugehört, wie in den letzten Jahren die Zahl derer, die in Schlangen vor den Essensausgaben der Tafeln in Hamburg-Mitte warten, stetig zunahm und der Anblick von Pfandsammlern, die ihr Grundeinkommen aufbessern müssen, zum alltäglichen Erscheinungsbild wurde.

Die Unterbringung vieler Flüchtlinge in den ärmsten Stadtteilen trägt zu einer Ballung der Problemlagen bei, da sich von Armut betroffene Menschen, die sich gesellschaftlich ausgegrenzt fühlen, aber auch Teile der unteren Mittelschicht, welche sich von der Gefahr des sozialen Abstiegs bedroht sehen, oftmals in einer Konkurrenzsituation zu den Flüchtlingen empfinden.

Dieses führt dazu, dass die rechtsextremen Positionen der AfD und anderer rechter Gruppen einen Nährboden in diesen Stadtteilen finden.

Für eine Verteilungsgerechtigkeit in der Stadt und die Stärkung der Bezirke

Die jahrelange Praxis der defizitären Finanzpolitik in den Stadtteilen hat zu einer gefährlichen Kluft in der Gesellschaft geführt. Daher ist ein sozialer Ausgleich unter den Bezirken und Stadtteilen nötig.

➤ Für die Stadtteile, welche die sozialräumlichen Lasten der Großstadt tragen, also insbesondere viele der innerhalb des Bezirks Mitte liegenden, muss eine positive Entwicklung angestoßen

² Studie der Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Prekäre Wahlen – Hamburg. Gütersloh 2015

werden: Neue Siedlungen ja – aber dafür auch Begegnungs- und Kulturzentren, Schwimmbäder und Bücherhallen, Parks und eine spürbar steigende Lebensqualität im Umfeld.

- Für eine Förderung der Akzeptanz und der nachbarschaftlichen Vernetzung müssen die sozialen Einrichtungen, Schulen und Kindergärten ausgebaut und besser ausgestattet werden.
- Die Bevölkerung muss in die Ideenfindung und die Vorhaben der Stadtentwicklung auf Augenhöhe eingebunden werden, um ihr Lebensumfeld gestalten zu können.
- Quartiers- und Stadtteilbeiräte sind zu verstetigen, sie müssen finanziell im Etat und institutionell im Bezirksverwaltungsgesetz abgesichert werden.
- Das Personal in den Bezirken muss aufgestockt werden, um wieder agieren zu können.
- Um Verstöße gegen das Wohnraumschutzgesetz ahnden zu können, muss Personal eingestellt werden.
- Auslaufende Mietpreis- und Sozialbindungen sind durch Wohnungsankauf und auf Hamburger Ebene durch Verlängerung der Laufzeiten zu verhindern.
- Die anhaltende Mietpreisexplosion muss durch flächendeckende Soziale Erhaltensverordnungen, die offensiv propagierte Mietpreisbremse und weitere noch zu benennende Maßnahmen nachhaltig eingedämmt werden.

- Der soziale Wohnungsbau muss massiv gesteigert werden.
- Soziale Einrichtungen müssen finanziell den realen Kosten und Bedarfen angemessen von der Stadt ausgestattet werden.

Unterzeichner_innen:

Harald Singler
Wolfgang Strauß
Marion Fisch
Regina Jürgens
Joachim Bischoff
Tim Eckbrett
Antje Schellner
Martin Wittmaack
Anna Rinne
Tim Golke
Alexander Götz
Christiane Schneider
Hermann Jürgens
Christine Detamble-Voss
Sandra Clemens
Nadine Berger
Bernhard Stietz-Leipnitz
Ina Morgenroth
Ronald Wilken
Aare-Silver Büniger

Für Rückfragen und weitere UnterzeichnerInnen:

harald.singler@gmail.com

"Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie!" Eine Leseempfehlung

Katja Kipping und Bernd Riexinger haben kürzlich ein Papier mit dem Titel "Revolution für soziale Gerechtigkeit und Demokratie! - Vorschläge für eine offensive Strategie der LINKEN" veröffentlicht. Darin analysieren sie die aktuelle Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die Probleme unserer Partei und unser Potential, stärker eine verändernde Rolle im "Kampf um die Köpfe" zur Herausbildung eines "gesellschaftlichen Lager der Solidarität" wahrzunehmen. Im folgenden die zentralen Gedanken dieses Papiers.

Zu Anfang wird konstatiert, dass wir gesellschaftlich an einem Scheideweg stehen: "Werden größere Teile der Erwerbslosen, Prekären, Geringverdienenden und die abstiegsbedrohte Mittelschicht sich den Rechtspopulisten zuwenden und damit den Weg für eine noch unsozialere, autoritäre und antidemokratische Entwicklung bereiten? Oder

gelingt es, Konkurrenz und Entsolidarisierung zurückzudrängen und ein gesellschaftliches Lager der Solidarität zu bilden?"

Die AfD WählerInnen seien "nicht alle rassistisch oder nationalistisch - aber sie stärken eine rassistische und rechtspopulistische Partei." Etwas später im zweiten Abschnitt wird in diesem Zusammenhang auf Folgendes hingewiesen: "Etwa die Hälfte derjenigen mit niedrigen Einkommen, die im März AfD gewählt haben, kann sich vorstellen, beim nächsten Mal (wieder) DIE LINKE zu wählen."

So wird mit Rico Gebhardt festgestellt: "Den größten Beitrag, den wir als Linke gegenwärtig gegen den Rechtstrend leisten können, ist, wenn wir die Arbeiterschaft und die Arbeitslosen zurückgewinnen. Das ist eine soziale Herausforderung mit hohem antifaschistischen Effekt!"

Dafür sollen wir uns klar von den systemtragenden

Parteien unterscheiden: "SPD und Grüne haben sich offenbar mit ihrer Rolle als Mehrheitsbeschaffer in einer ‚marktkonformen Demokratie‘ (Merkel) abgefunden." [...] "Wir geben weder unsere Positionen auf noch die Menschen. Wir sind antirassistisch und antifaschistisch, das ist unverhandelbar."

Es sei "ein gutes Zeichen, dass sich bereits eine lebhaft Debatten entwickelt hat, wie die Rechtsentwicklung gestoppt werden kann und wie wir wieder mit solidarischen Perspektiven für alle Menschen in diesem Land in die Offensive kommen. Um diese Herausforderung zu bewältigen, müssen auch bestehende Strategien und Botschaften, z.B. in Landtagswahlkämpfen, auf den Prüfstand."

Eine Andeutung, wohin die Reise gehen sollte, folgt bald: "Um die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verändern, müssen wir stärker als bislang die Botschaft ausstrahlen: "Keine Partei kann allein die Gesellschaft verändern, aber gemeinsam können wir uns auf den Weg machen. Lasst uns gemeinsam mit den vielen Menschen ein gesellschaftliches Lager der Solidarität gegen Dauerstress und Existenzangst, gegen die Bereicherung und kriminelle Steuerflucht der Super-Reichen, gegen Rassismus und rechte Gewalt bilden."

Direkt im Anschluss wird die Dimension der notwendigen Veränderung beleuchtet: "Um in diesen Zeiten gegen die Konzentration von Macht und Reichtum in den Händen Weniger die drohende Zerstörung der Demokratie zu verhindern und eine soziale Demokratie zu verwirklichen, braucht es nicht weniger als eine Revolution. Revolution? Wir sind uns bewusst, was "soziale Revolution" bedeutet: radikale Umwälzung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und aller gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen Menschen ausgebeutet, erniedrigt und unterdrückt werden."

Eine solche Revolution stehe derzeit nicht auf der Tagesordnung, aber: "Wir dürfen Protest nicht den rechten Hetzern überlassen, die keine Lösungen haben, außer nach "unten" zu treten. In dieser gefährlichen Situation müssen wir als LINKE eine klare Botschaft ausstrahlen: Es darf kein "Weiter so" geben. Kleine Kurskorrekturen innerhalb des neoliberalen Kapitalismus reichen nicht. Wir brauchen einen grundlegenden Wandel."

Im zweiten und dritten Abschnitt werden die notwendigen Veränderungen etwas kleinteilig ausdifferenziert, aber auch noch einmal mit einem Zitat betont: "Es geht um eine Revolution des Denkens, Fühlens und Handelns. Kern eines solchen Projektes ist immer noch die Umwälzung der herrschenden Produktions-, Reproduktions- und Eigentumsverhältnisse und die Verwandlung der Produktivkräfte und der technologischen Innovation in Mittel für die kollektive Selbstbestimmung: die Verfügung der Menschen über die Bedingungen, in denen sie leben und arbeiten".

Der vierte Abschnitt ist überschrieben mit: *Wo wir stehen - eine knappe Bilanz auf dem Weg zur "verbindenden Partei"*. Zentrale Aussagen sind hier: "Unser Ziel ist es, schrittweise zu einer kampagnenfähigen und aktiven Mitgliederpartei zu wachsen. Also nicht nur Menschen eine Stimme zu geben, sondern sie zu ermutigen, selbst die Stimme zu erheben." [...] "Wenn wir die notwendige Weiterentwicklung klug, mutig und solidarisch angehen, kann sie aber auch einen Schub in die notwendige Richtung verleihen. Wenn uns das gemeinsam gelingt, wird die aktuelle Situation weniger eine Krise als vielmehr eine Chance für einen linken Aufbruch sein."

Im fünften Abschnitt werden fünf "Schritte auf dem Weg zur verbindenden Partei" angedeutet:

1. Offensive des Zuhörens und Organisierens in sozialen Brennpunkten
2. Stärkere Verankerung an der Basis der Gewerkschaften: Zusammen für die Aufwertung der sozialen Dienstleistungen!
3. Neue Mitgliederoffensive
4. Ein Bollwerk gegen Rassismus: Die Solidarität organisieren!
5. Außerparlamentarische Mobilisierungen stärken: Für eine soziale Offensive - für alle!

Das Papier ist in voller Länge unter folgendem Link abrufbar und zur Lektüre Weiterempfehlung und Diskussion empfohlen:

<https://www.die-linke.de/nc/die-linke/nachrichten/detail/zurueck/nachrichten/artikel/revolution-fuer-soziale-gerechtigkeit-und-demokratie/>

Es bleibt zu sagen: Was tun gegen rechts? Logisch: Für Links!

Alexander Benthin

Die nachfolgend dokumentierten Änderungsanträge zu den Leitanträgen zum Bundesparteitag wurden zur **BMV am 31.03.2016** eingereicht, dort aber aus Zeitgründen nicht behandelt und dann von der offen eingeladenen Delegiertenberatung im Rahmen der **Bezirksvorstandssitzung am 12.04.2016** beschlossen. Die Originalanträge findet ihr unter www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/magdeburger-parteitag-2016/

Antrag des Bezirksverbandes Hamburg-Mitte, DIE LINKE

Änderungsanträge an den Leitantrag

„Für Demokratie und Solidarität! Gegen den Rechtsruck!“ (L. 1)

des Bundesvorstandes zur 1. Tagung des 5. Bundesparteitags in Magdeburg, 28./29.5.2016

1) Die AfD ist eine reaktionäre Partei – die LINKE steht für Lehren aus der Geschichte

Ergänze nach Zeile 8:

„Die Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Solidarität, die Fundamente sowohl der Aufklärung als auch der Demokratie, sind bedroht wie nie zuvor in der Bundesrepublik. Das Land steht am Scheideweg. Rückt es politisch weiter nach rechts, werden die demokratischen und humanistischen Grundlagen der Gesellschaft weiter abgebaut, dann droht eine Entwicklung wie in Ungarn und Polen, Dänemark und Frankreich. Als LINKE setzen wir dem unsere Vision einer offenen, menschlichen und egalitären Gesellschaft entgegen, gegen die Positionen des rechten Kulturkampfes streiten wir für eine solidarische Alternative. **Denn ein Großteil der Bevölkerung ist trotz jahrzehntelanger Propaganda der neoliberalen Systemparteien, von Wirtschaftsverbänden und etablierten Medien stärker gegen die Austeritätspolitik, gegen den Krieg und für Solidarität mit den Geflüchteten eingestellt. Die AfD kann sich aber noch zu häufig als nichtetablierte Alternative präsentieren. Sie steht aber für die Aufrechterhaltung und Zuspitzung von sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung. Im Bewusstsein unserer historischen Wurzeln im Antifaschismus und in der Bewegung gegen den Krieg klären wir über den Charakter der AfD als Partei für die Reichen auf, engagieren uns stärker für einen grundlegenden Politikwechsel hin zu einer sozialen Wende und ermuntern die Vielen zu Zivilcourage und aktiver Gegenwehr.**“

Begründung:

Aus der Geschichte lernen.

2) Die LINKE steht für Emanzipation

Ersetze in Zeilen 154-158 wie folgt:

„Wenn Europa scheitert, steht dafür auch der Name von Angela Merkel. Nicht wegen ihrer bemerkenswerten Initiative, Geflüchtete aufzunehmen, sondern wegen ihrer Politik der Entdemokratisierung und Austerität, die einen europapolitischen

Scherbenhaufen hinterlassen hat. DIE LINKE fordert von der Bundeskanzlerin **ermuntert daher alle Menschen, die Geschichte bewusst zu gestalten**: Beenden Sie ~~als ersten Schritt Ihre gemeinsam die~~ gescheiterte Austeritätspolitik, stoppen Sie die Troika-Diktate, vor allem für Griechenland, und initiieren Sie ein europäisches Investitionsprogramm, um der Rechtsentwicklung in Europa entgegenzutreten und eine Wende hin zu einer solidarischen europäischen Flüchtlingspolitik zu erreichen. ~~Sonst scheitert Europa!~~ **Die Bevölkerung hat es in der Hand, dass Europa sozial, solidarisch und weltoffen wird!**“

Begründung:

Geschichte wird gemacht!

3) Es gibt nichts Gutes, außer man tut es: Schlußfolgerungen müssen sein!

Ersetze die Zeilen 340 – 345 durch:

DIE LINKE fordert insbesondere aus den Erfahrungen von Weltkrieg und faschistischer Diktatur:

- Das Verbot der NPD,
- die völlige Wiederherstellung des Asylrechts,
- die vollen sozialen und politische Rechte aller hier lebenden Menschen, einschließlich des Wahlrechts auf allen Ebenen,
- die Abschaffung der Geheimdienste und die Demokratisierung der Polizei,
- die Entmachtung der großen Konzerne,
- die Umverteilung von oben nach unten beispielsweise durch eine Vermögenssteuer,
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Erhöhung der Löhne und Gehälter,
- soziale Sicherheit für alle Menschen sowie
- Ausweitung der Mitbestimmung.

Begründung:

Antifaschismus, die soziale Frage und Demokratisierung gehören eng zusammen

Änderungsanträge an den Leitantrag

„Mehr für alle. Eine soziale Offensive für ein offenes Land!“ (L. 2)

des Bundesvorstandes zur 1. Tagung des 5. Bundesparteitags in Magdeburg, 28./29.5.2016

1) Solidarität und soziale Gleichheit

Ersetze in Zeilen 210 f. wie folgt:

„Und erst wenn Alle ohne Diskriminierung, und Angst an der Gestaltung des Zusammenlebens teilhaben, ist diese Gesellschaft wirklich demokratisch. Wer also von ~~Integration~~ **Menschenrechten** spricht, darf von der ~~Demokratisierung unserer parlamentarischen Demokratie und sozialer Teilhabe für alle~~ **Überwindung der sozialen Ungleichheit und der Macht der großen Konzerne sowie von der umfassenden Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche** nicht schweigen. Das ist die Grundlage eines guten Zusammenlebens.“

2) Wohnungspolitische Forderungen: Die Not wenden!

Ergänze in Zeile 267:

„Angesichts der aktuellen Notlage gilt zudem: Wohnraum oder als Wohnraum nutzbarer Gewerberaum, der aus Spekulationsgründen o.ä. leer steht oder zweckentfremdet wird, muss einer obligatorischen Zwischennutzung zugeführt **oder nach Artikel 14 des Grundgesetzes enteignet** werden. **DIE LINKE setzt sich aktiv für die Einführung eines „Enteignungsgesetzes zum Wohle der Allgemeinheit“ ein.**“

3) Gesundheitspolitische Forderungen: Den Menschen in den Mittelpunkt stellen – nicht den Profit!

Ergänze in Zeile 272:

Änderungsanträge an den Leitantrag

„Für Frieden und eine gerechte Weltordnung...“ (L.3.)

des Bundesvorstandes zur 1. Tagung des 5. Bundesparteitags in Magdeburg, 28./29.5.2016

1) Volle Souveränität

In Zeile 17 ergänzen: „Voraussetzung für eine dauerhafte Deeskalation sind **die Beendigung des Drucks der westlichen Staaten für einen Regime-change** sowie weitere Verhandlungen über einen Friedensplan und eine Verständigung zwischen den USA, Russland und regionalen Mächten.“

2) Krieg schafft Terror

Zeile 20 ändern:

• „Bomben bringen keinen Frieden! Die Bundesregierung muss ihre politische und militärische Unterstützung des ~~Anti-IS~~ **Syrien-Krieges** unverzüglich beenden.“

„Gesundheitliche Versorgung ist ein Grundrecht und keine Ware. Eine Gesellschaft, die die Schwachen und Kranken zurück lässt, kann weder Demokratie und schon gar kein solidarisches Miteinander entwickeln. Deswegen streiten wir **für die Rekommunalisierung von privatisierten Krankenhäusern** und für eine solidarische Bürgerversicherung, ...“

4) Bildungspolitische Forderungen: Inklusion!

Ergänze in Zeilen 275:

„Bildung ist ein Grundrecht und keine Ware. **DIE LINKE setzt sich für lebenslanges Lernen und für „Eine Schule für alle“ ein, um die sozialen Bildungsschranken zu überwinden, umfassende Inklusion umzusetzen und allen die gemeinsame Aneignung von Wissen und Erfahrungen zu ermöglichen.**“

5) Wiederherstellung des Asylrechts

Ergänze in Zeilen 321 und 323:

„Das Asylrecht ist ein Menschenrecht. Es ist weder ein Gnadenrecht, noch darf es als Sanktionsrecht missbraucht werden. Das Asylrecht ~~ist~~ **im Grundgesetz muss vollständig wiederhergestellt werden. Es ist im** und Völkerrecht (Genfer Flüchtlingskonvention u.a.) verankert, und ist somit auch die geltende Rechtslage. Als Menschenrecht gilt es universell. Deshalb lehnen wir Obergrenzen **und das Konstrukt von angeblich sicheren Herkunftsstaaten als zynisch und menschenverachtend ebenso ab wie Grenzlager und den dreckigen Deal mit der türkischen Regierung.**“

3) Global sozial

Zeile 245-247 ergänzen:

• „Frieden geht nur mit einer gerechten Gestaltung der ~~Globalisierung~~ internationalen Beziehungen. Statt neoliberalen Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA braucht es Schritte zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. **Die Welt ist reich genug für ein menschenwürdiges Leben aller. Eine Entwicklungshilfe, die den Namen verdient, muss ausreichend Nahrung, umfassende Bildung, sinnvolle Arbeit, humane Gesundheitsversorgung und gutes Wohnen für alle Menschen ermöglichen.**“

4) Konsequenz zivil

Ergänze in Zeile 265:

• „Gemeinsam mit Jugendverbänden, Initiativen von Schülerinnen und Schülern und Studierenden wenden wir uns aktiv gegen die Präsenz der Bundeswehr an Schulen und Hochschulen. Wissenschafts- und Forschungsförderung müssen Wissen

und Konzepte für Frieden und zivile Konfliktbearbeitung statt militärisch relevantem Wissen fördern. **Wir unterstützen die Zivilklauselbewegung, die sich für ein Verbot aller militärischer Forschung und für die verbindliche Verankerung von Frieden als Leitwissenschaft in den Hochschulgesetzen einsetzt.“**

Und hier das Praktische aus der Bezirksversammlung ...

PM der Bezirksfraktion vom 4.5.2016

Flüchtlingshilfe: Keine Gelder an die Bundeswehr!

Im Hauptausschuss der Bezirksversammlung Hamburg Mitte am 3.5.2016 wurde mehrheitlich ein Antrag verabschiedet, der der Flüchtlingshilfe der Hanseaten Kaserne in Horn 3.000 Euro aus dem Flüchtlingsfonds für die Arbeit mit Flüchtlingen zur Verfügung stellt.

DIE LINKE Bezirksfraktion Mitte hat gegen diesen Antrag gestimmt. DIE LINKE ist der Meinung, dass die Bundeswehr keine Gelder aus bezirklichen Mitteln erhalten sollte. Zum einen ist die Bundeswehr keine auf bezirklicher Ebene aufgestellte Organisation. Zum anderen – und das wiegt noch schwerer – sieht DIE LINKE Kriegseinsätze als wesentliche Ursache der aktuellen Flüchtlingsströme. Solange die Bundeswehr sich an Kriegseinsätzen beteiligt und Deutschland Waffen in Krisengebiete liefert, sieht DIE LINKE es als unangemessen an, wenn ausgerechnet die Bundeswehr Mittel aus Steuergeldern für ihre ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit bekommen soll. DIE LINKE befürwortet es stattdessen, zivile Organisationen und deren Projekte finanziell zu unterstützen. Außerdem sind die Kommunen wesentlich besser mit Finanzmitteln für die Flüchtlingsaufgabe auszustatten.

Warum Hauptausschuss?

Christine Detamble-Voss, Vorsitzende der LINKEN Bezirksfraktion: „Was uns bei diesem Antrag außerdem gestört hat, ist die Hinterzimmerpolitik. Wir fragen uns, warum dieser Antrag im Hauptausschuss und nicht in der Bezirksversammlung vor der Öffentlichkeit gestellt worden ist.“ Im Hauptausschuss sind selten Bürgerinnen und Bürger zugegen. Dieser Ausschuss tagt zwar öffentlich, doch ist dies vielen nicht bekannt.

BO Wilhelmsburg/Veddel

Die zweite Ausgabe des LINKS Insulaner, der neuen Zeitung der BO, ist erschienen und wird als Papierausgabe nahezu flächendeckend verteilt.

Wer im Netz reinschauen will:

<http://linksinsulaner.hamburg/>

Zu haben auch an den Infoständen:

Am **20.05.2016** von 13-17 Uhr Krieterstr. (Berta-Kröger Platz).

Am **28.05.2016** von 10-13 Uhr, Stübenplatz (Ecke Veringstraße).

Am **03.06.2016** von 13-17 Uhr Veddel Brückenstr. (S-Bahn Veddel).

(Nebenstehendes Foto: Harald Singler)



Verboten – verbrannt – vergessen? Bücherverbrennung- nie wieder!

16. Marathonlesung aus den verbrannten Büchern

Mai 2016 – Hamburg liest und setzt damit ein Lese-Zeichen gegen rechts

Wir rufen die Hamburgerinnen und Hamburger auf:

KOMMT UND LEST! aus Büchern, die 1933 von den Nazis verbrannt wurden

Bei hoffentlich schönstem Wetter, umsonst und draußen:

am Dienstag, 10. Mai 2016, 11-18 Uhr

Mit Schülerinnen und Schülern, Studierenden und vielen Hamburgerinnen und Hamburgern.

Genau dort, wo am 15. Mai 1933 NS-Studentenorganisationen und Burschenschaftler Bücher verbrannten.

Macht mit! Lest selbst vor: Ein Gedicht oder einen Text aus einem der verbrannten Bücher. **Für Kurzent-schlossene liegen ausgewählte Lesetexte bereit.**

Einfach nur zuhören ist natürlich auch ausdrücklich erwünscht.

Eröffnung durch Esther Bejarano, Überlebende der KZ Auschwitz und Ravensbrück.

Mit Peggy Parnass, Rolf Becker, Sylvia Wempner, Wolfgang Rose, Dagmar Seifert,

Ellen Sell, Astrid Vehstedt, den Story-Tellers, Schüler*innen des KaiFU-Gymnasiums, der Ida-Ehre-Schule und vielen anderen.

Ort: Platz der Bücherverbrennung in Hamburg-Eimsbüttel

Kaiser-Friedrich-Ufer/Ecke Heymannstraße (Metrobus 4)

Eine Veranstaltung im Rahmen des Monats des Gedenkens in Hamburg-Eimsbüttel

Arbeitskreis „Bücherverbrennung – nie wieder!“, unterstützt durch:

Bücherhallen Hamburg, Auschwitz-Komitee in der BRD e.V., ver.di Hamburg, PEN Deutschland, AstA der Universität Hamburg, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – BdA Hamburg, KZ-Gedenkstätte Neuengamme, GEDOK Hamburg, Eimsbütteler Turnverband – ETV Hamburg und weitere Organisationen.

Kontakt: Helga Obens, Tel.: 0175 93 74 44 6, Fax: 040 380 178 538 74

E-Mail: Kontakt@Lese-Zeichen-Hamburg.de

1. Rote Radtour »Durch's Alte Land«



Am **Samstag, den 21. Mai**, geht's los. Um 10 Uhr treffen wir uns an den Landungsbrücken zur gemeinsamen Ausfahrt für Jung und Alt mit dem Fahrrad.

Gemeinsam wollen wir mit der Fähre nach Finkenwerder übersetzen, um auf dem Fahrrad, beim Picknick mit gegrillten Würstchen oder gesunden Snacks einen hoffentlich schönen Frühlingstag an der Elbe, unter Apfelbäumen und in malerischen Dörfern zu genießen.

Wir bringen Würstchen, ein wenig Brot, Senf und Ketchup sowie die Grillgelegenheit mit! Es wäre schön, wenn alle Teilnehmenden was für das Picknick mitbringen könnten. Ansonsten braucht ihr einen Tag Zeit, gute Laune, ein funktionierendes Fahrrad sowie eure Wasserflasche

Die Kosten für die Fähren werden solidarisch durch die LAG Sport übernommen.

Treffpunkt: 21.5.2016, 10 Uhr, an der Vorderseite der Landungsbrücken.

Länge der Tour: ca. 25 km (auf ebenen Strecken, ohne große Steigungen oder schwierige Wege, sodass alle mitmachen können)

Damit wir besser planen können wäre es schön, wenn ihr euch kurz anmelden könntet unter: sport@die-linke-hamburg.de oder SMS/WhatsApp: 017660022592.

Der schöne Flyer ist für die Mailempfänger im Anhang zu finden.

Termine in (und für) Mitte

Samstag, 07.05., ab 16 Uhr

Fest der Befreiung

Wallanlagen (U St. Pauli)

Dienstag, 10.05., 11 – 18 Uhr

Nie wieder Bücherverbrennung!

Lesemarathon am Kaiser-Friedrich-Ufer
(siehe S. 11)

Dienstag, 10.05., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 10.05., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Montag, 16.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a
fällt aus wg. Pfingsten

Mittwoch, 18.05., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Samstag, 21.05., 10 Uhr

Erste Rote Radtour durchs Alte Land
Beginn: Landungsbrücken (s. S. 11)

Donnerstag, 26.05., 17.30 Uhr

Sitzung der **Bezirksversammlung HH Mitte,**
zu Beginn öffentliche Fragestunde
Sitzungssaal Klosterwall 4, 1. OG

Juni 2016

Mittwoch, 01.06., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kita Falkennest, Öjendorfer Weg 32
(danach regelmäßig am 1. Mittwoch ...)

Mittwoch, 01.06., 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Sonntag, 05.06.

**Bezirksmitgliederversammlung
Neuwahl des Vorstands** (s.S. 2)
Einladung mit Ort und Zeit folgt

Montag, 06.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 14.06. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 14.06., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Mittwoch, 15.06.16, 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Montag, 20.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

*Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de*

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Alexander Benthin		alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther		joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
Holger Knorr		holger.knorr@die-linke-hamburg-mitte.de
Heiko Laue		heiko.laue@die-linke-hamburg-mitte.de
Frank Rinnert, Schatzmeister		stakkato1966@gmx.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX